

Sicherer Ort in Gefahr

AOK will neues Konzept zum Bremer Rückzugshaus für Menschen mit psychischen Erkrankungen

VON ANNE GERLING

Bremen. „In Bremen können Patienten mit psychiatrischen Erkrankungen eine zeitlang die Abende und Nächte in einer privat-familiären Atmosphäre statt in einer Klinik verbringen. Das hilft ihnen und mindert Ausgaben der Kassen“, berichtete im Mai 2011 die Ärzte-Zeitung über die von der Gesellschaft für ambulante psychiatrische Dienste (Gapsy) 2004 in Walle und 2009 in Vegesack eröffneten Rückzugshäuser. Zwar sei das Projekt durchaus personal- und kostenintensiv, war da zu lesen – da aber die Patienten üblicherweise kürzer im Rückzugshaus seien als sie ansonsten im Krankenhaus wären, würde weniger Geld ausgegeben. Durch das Angebot sparten die Krankenkassen pro Patient grob geschätzt ein Drittel der Kosten, zitierte das Blatt damals Jörn Hons, Sprecher der AOK Bremen/ Bremerhaven.

Gut acht Jahre später ist die Sichtweise der Krankenkassen offensichtlich eine andere: Nachdem die Vegesacker Einrichtung 2009 geschlossen und das Rückzugshaus in Walle von zwölf auf acht Plätze verkleinert wurde, haben nun mehrere Krankenkassen, darunter die AOK, ihre Verträge gekündigt. Bislang hatten sie die Kosten im Rahmen der freiwilligen Leistungen übernommen.

„Unsere Erkenntnis ist leider, dass wir mit der bisherigen Durchführung nicht mehr ganz so zufrieden sind“, erklärt dazu AOK-Sprecher Hons. So sei das Rückzugshaus ursprünglich für Patienten gedacht gewesen, die ambulant psychiatrisch betreut werden könnten: „Das heißt für Menschen, die zum Beispiel einen psychotischen Schub bekommen, der nicht

stationär behandelt werden muss. Sie können im Rückzugshaus bleiben und am nächsten Morgen sieht die Welt dann wieder ganz anders aus und sie können zurück in ihr Zuhause.“

Mit der Einrichtung habe man einen sogenannten Drehtür-Effekt vermeiden wollen, so Hons: „Dass also der Patient auf Station geht, dort drei Wochen ist und danach wieder zurück in dieselben krank machenden Verhältnisse geht. Das führt dazu, dass er bald wiederkommt.“ Leider sei dieses Ziel aber nicht erreicht worden: „Wir haben festgestellt, dass sich das Rückzugshaus zu einer Dauer-Einrichtung entwickelt hat. Patienten haben dort dauerhaft gewohnt – das ist aber nie die Idee dahinter gewesen.“

Vor diesem Hintergrund wolle die AOK am 1. Oktober ein neues Angebot starten. „Wir werden mit anderen Ärzten und Professionen ein Netzwerk aufbauen, das sich nicht primär um Rückzugsräume dreht, aber wo es darum geht, rund um die Uhr Ansprechpartner zu haben“, erklärt Hons dazu. In dieses Modell wolle man auch die Rückzugsräume integrieren – „aber nicht auf den alten eingeschliffenen Wegen. Dazu laufen derzeit Gespräche.“

Problematisch ist Hons zufolge auch, dass sich nicht alle Krankenkassen an dem bisherigen Modell beteiligt hatten: „Das macht die Auslastung und Wirtschaftlichkeit für die Betreiber entsprechend schwierig, weil der Kreis der möglichen Patienten dadurch deutlich kleiner wird.“

„Wir sind alle ziemlich geschockt und wollen alles tun, damit es weitergeht“, sagt wiederum Arnolde Trei-Benker, die als sogenannte Genesungsbegleiterin Menschen in

psychischen Krisensituationen beisteht und das deutschlandweit einzigartige Angebot für unverzichtbar hält. „Wie viele Leute gibt es, die Angst vor der Nacht haben? Viele fallen gerade dann in ein tiefes Loch. Im Rückzugshaus werden sie aufgefangen. Man arbeitet auf Augenhöhe mit den Gästen, die an diesem sicheren Ort Kraft tanken. Es gibt einen Fahrdienst oder Unterstützung beim Einkaufen, wir kochen und backen oder gehen gemeinsam spazieren. Und unsere Gäste haben jeden Tag die Möglichkeit, mit einem Arzt zu sprechen.“

Den Pool-Ärzten ist Trei-Benker zufolge zum 31. Dezember gekündigt worden. „Wir geben die Hoffnung nicht auf“, sagt sie. So sammeln inzwischen Gäste und Akteure aus dem Umfeld des Vereins Blaue Karawane Unterschriften und wollen eine Petition auf den Weg bringen.

„Wir bedauern die Entscheidung der Kassen, denn Rückzugshäuser sind für Menschen in Krisensituationen eine gute Möglichkeit, sich aufzuhalten“, sagt auch Christina Selzer, Sprecherin des Gesundheitsressorts. „Die Räume sind geeignet, Krankenhausaufenthalte, die sich ja länger hinziehen können, zu vermeiden. Wir sehen, dass wir damit niedrigschwellig auch Menschen erreichen, die sonst das Hilfesystem nicht in Anspruch nehmen. Das haben wir auch gegenüber den Kassen deutlich gemacht. Wir würden uns wünschen, wenn dies auch aus Mitteln des SGB V weiter finanziert werden könnte.“ Vorausichtlich am 26. September debattiert der Landtag über das Thema: Die FDP-Bürgerschaftsfraktion hat eine Anfrage zur Zukunft des Rückzugshauses an den Senat gerichtet.

19.09.2019 WH